

PM der GEW HH zur Hamburger Entscheidung zum Fortführen der Sprach-Kitas

„Die Mittel sind dem Bedarf anzupassen und nicht umgekehrt!“

Programm Sprach-Kitas wird fortgeführt

Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ wird in Hamburg bis Ende 2023 fortgesetzt, wie die neue Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer gestern verkündet hat. Die GEW hatte sich mehrfach für eine Weiterführung ausgesprochen und vielfältige Aktivitäten dafür durchgeführt – was nun von Erfolg gekrönt wurde: Von 2024 an werden das Bundesprogramm Sprach-Kitas und das Landesprogramm Kita-Plus in ein gemeinsames Programm überführt.

Doch es gibt auch Wasser im Wein.

„Die Fortsetzung der Sprach-Kitas ist bis Ende 2023 befristet. Wenn die Zusammenführung von Sprach-Kitas und Landesprogramm Kita-Plus bis dahin nicht erfolgt sein sollte, wären die Arbeitsplätze wieder gefährdet. Die Zusammenführung beider Programme darf nicht zu Einsparungen führen, sondern die Möglichkeiten aus beiden Programmen und die Stellen dafür müssen auf Dauer abgesichert werden“, so **Sabine Lafrentz, Kita-Expertin der GEW Hamburg**:

„Wir von der GEW Hamburg sind der Ansicht, dass es in Hamburg immer Stadtteile geben wird, in denen in den Kitas eine besondere Arbeit, also Kita-Plus, notwendig sein wird, um dem Bildungsanspruch und dem Fürsorgeanspruch der Kinder gerecht zu werden. Außerdem wird es immer wieder Kitas geben, in denen aus den unterschiedlichsten Gründen eine vielfältige Sprachförderung unabdingbar sein wird, damit Kinder den Schlüssel zur Welt erhalten.“

Die GEW hält es für notwendig, dass die Expert*innen vor Ort in den Kitas und die Träger an der Ausarbeitung des neuen Programms beteiligt werden. Ein besonderes Augenmerk muss den Vergabekriterien gelten. Diese sollten nicht am grünen Tisch in der Behörde festgelegt werden. Falls sich Ende 2023 / Anfang 2024 für einzelne Kitas Veränderungen ergeben sollten, z.B. das sie aus dem neuen Programm herausfallen würden, sollten sie bei der Abwicklung Unterstützung erhalten. Sollten die neuen Vergabekriterien zu einem Mehrbedarf führen, müsste dieser Mehrbedarf im Doppelhaushalt freigeschaufelt werden. Die Mittel sind dem Bedarf anzupassen und nicht umgekehrt.“

Rückfragen: Sabine Lafrentz, Kita-Expertin der GEW Hamburg, 0151 - 22523919